

Außenminister Eden, der London bereits verlassen hatte, seinen Botschaftern abbrach und sofort in die Downingstreet zurückkehrte.

In politischen englischen Kreisen wird ganz offen dem Verdacht Ausdruck gegeben, daß die Überfälle auf die "Leipzig" einen leichten verzweifelten Versuch darstellten, die Einigung der vier Mächte über die Kontrollfrage zu durchkreuzen. Dabei wird einmal darauf hingewiesen, daß die bolschewistischen Machthaber in Spanien bisher auf die Note der vier Mächte über die Garantiefrage noch nicht geantwortet hätten. Weiter wird betont, daß sowohl in London bekannt sei, die Valencianer überhaupt keine seetüchtigen Unterseeboote hätten, so daß die Annahme nahe liege, daß die Torpedos von sowjetrussischen Unterseebooten abgesenkt worden seien.

Die englische Presse veröffentlichte alle Meldungen über den neuen Anschlag unter großen Überschriften, wobei die Feststellung der Reichsregierung, daß sie nicht gewillt sei, weitere Schießversuche der bolschewistischen U-Boot-Piraten unzählige hinzuholen, allgemein hervorgehoben wird. Der Rückicht des Führers aus Godesberg nach Berlin und die sich darauf anschließenden Beratungen in der Wilhelmstraße werden ebenfalls untermalten und zeigen der englischen Öffentlichkeit sehr deutlich, welche große Bedeutung Deutschland dem neuen Anschlag beimisst.

Im Zusammenhang mit der Haltung der englischen Regierung in der spanischen Frage im allgemeinen verdient der Rückzug, den England in der Frage der baskischen Flüchtlingschiffe angetreten hat, große Beachtung. Es wurde nämlich von zuständiger englischer Seite bestätigt, daß der Besitzer der englischen Seeleute Kräfte in der Bucht von Vizcaya einem sowjetspanischen Flüchtlingschiff aus Santander seinen Schutz verweigert hatte. Dazu wird in London betont, daß England seinerzeit lediglich den Schutz der Flüchtlingschiffe aus Bilbao garantiert hatte, und zwar unter der Voraussetzung, daß alle solche Flüchtlingschiffe vor ihrer Abfahrt aus Bilbao kontrolliert würden, um zu gewährleisten, daß sie tatsächlich nur Frauen, Kinder und alte Männer an Bord hätten. Eine solche Kontrollmöglichkeit aber sei in Santander nicht mehr gegeben, da sich dort heute weder ein englischer noch ein französischer Konsul befindet. Unter diesen Umständen müßten die aus Santander auslaufenen Flüchtlingschiffe ihrem Schicksal überlassen bleiben.

Das Weltecho des bolschewistischen Piratenüberfalls

Pariser Presse rechnet mit einer gemeinsamen Protestnote an Valencia

Der unerhörte Piratenüberfall der spanischen Bolschewisten auf den deutschen Kreuzer "Leipzig" beschäftigt die Auslands presse in stürmstem Maße.

Die Londoner Presse bringt ausführliche Berichte über den neuen Anschlag auf ein deutsches Kriegsschiff, vermeidet jedoch bei aller Würdigung des ungewöhnlichen Angriffes jede Aufmachung. Der diplomatische Korrespondent der "Sunday Times" schreibt, in britischen Kreisen herrsche offensichtliche Genugtuung darüber, daß Deutschland sich des vereinbarten Weges der Konkiliation bedient habe. Das Blatt weiß weiter zu berichten, daß der sowjetrussische Botschafter Maisky am Sonnabend ebenfalls im britischen Außenamt an den Vorsitzenden des Rüstungsausschusses eine Note überreicht habe. In dieser Note habe er noch einmal erklärt, daß das Verfahren der Biermächte-Aussprache, durch die Sowjetland ausgeschlossen würde, ursprünglich nicht von dem Ausschluß beschlossen worden sei und daher auch nicht gerechtfertigt sei (1). Die Methode der Biermächte-Aussprache habe einen Präzedenzfall geschaffen, der bei Beforderung den Verstand des Ausschusses gefährden könnte. Das könnte, so schreibt der Korrespondent der "Sunday Times" weiter, vielleicht als versteckte Drohung aufgefaßt werden, daß Sowjetland den Rüstungsausschuss verlassen werde. Der "Sunday Express" glaubt, daß abgesehen von einem starken diplomatischen Protest und einer entsprechenden Warnung an Valencia, die anderen drei Mächte kaum eine Aktion beginnen würden, zumal der "Leipzig" bei dieser Gelegenheit kein Schaden zugefügt worden sei.

Von der Pariser Presse wird der Vorfall und der deutsche Schritt in London in großer Aufmachung wiedergegeben. Während die Quellschriften, wie zu erwarten, von einem deutschen "Mannöver" sprechen, verhält sich die übrige Presse sehr forsch und beschränkt sich zum größten Teil auf die objektive Wiedergabe der Einzelheiten. Allgemein ist man der Ansicht, daß schwere Verwüstungen aus diesem neuen Zwischenfall nicht zu befürchten seien, da glücklicherweise weder Menschenleben zu beklagen waren noch Materialschaden angerichtet worden ist. Die Blätter vermuten, daß sich sowohl die französische als auch die englische Regierung dazu bereit erklären werden, zusammen mit Deutschland und Italien eine Protest- oder Warnungsnote an Valencia zu senden.

Auch das politische Hauptinteresse der östlichen Zeitungen richtet sich auf den neuen provokatorischen Anschlag spanisch-bolschewistischer U-Boote auf den Kreuzer "Leipzig", der in voller Übereinstimmung mit der deutschen Presse schrift verurteilt wird. Unter Überschriften, wie "England hat das Wort", wird betont, daß dieser neue

In Frankreich wurde seit einigen Tagen ein ernster Kampf um finanzielle Ermächtigungsgesetze für die Volkskontrollierung Paul Blum geführt. Nachdem die Kammer mit schwacher Mehrheit die Gesetze gebilligt hatte, wurden sie am Sonnabendmittag dem Senat vorgelegt. Vorher hatte der Finanzausschuß des Senats die Finanzgesetze erheblich zu Ungunsten der Regierung geändert.

Nach Ministerpräsident Blum sprach im Senat der Vorsitzende des Finanzausschusses, Senator Caillaux. Er griff in einer scharfen, zeitweise ironischen Rede den Standpunkt der Regierung an. Schließlich lehnte der Senat den Antrag Perrier, der den Wortlaut der von der Kammer verabschiedeten Vorlage wieder aufnahm, und den die Regierung sich zu eigen gemacht hatte, mit 188 gegen 72 Stimmen ab. Nachdem der Senat den Antrag Perrier abgelehnt hatte, nahm er den vom Finanzausschuß vorgelegten Wortlaut des Gesetzes mit 238 gegen 52 Stimmen an und vertrat sich darauf am Sonntag, 13.6. um 15.15 Uhr. Der Senat hat damit gegen die Regierung Stellung genommen.

Der Finanzausschuß der Kammer hat den vom Senat angenommenen Gesetzesentwurf mit 26:16 Stimmen und zwei Enthaltungen am Sonnabendmittag abgelehnt und damit die ursprüngliche Fassung des Regierungsvorschlags wiederhergestellt.

Auf Verlangen der radikalsozialen Fraktion wurde die ursprünglich für 9 Uhr angezeigte Kammeröffnung auf 10 Uhr verlegt, um der radikalsozialen Fraktion Gelegenheit zur Beratung über ihre Erörterungnahme im Plenum zu geben.

In einer kurzen Sitzung nahm die Kammer den von ihrem Finanzausschuß wiederhergestellten Text der Regierungsvorlage über das Volksmachtsgesetz mit 316 gegen 218 Stimmen, also mit der gleichen Mehrheit wie bei der ersten Lesung, an und vertrat sich dann am Sonntag, 13.6. um 18 Uhr abends.

Nur in die späten Abendstunden des Sonntags war in der Entwicklung der französischen innerpolitischen Krise immer noch keine Entscheidung erfolgt, wenn auch die verschiedenen Verhandlungen, die im Laufe des Sonntags in

Piratenstreich energische Gegenmaßnahmen verlangt, die ein für allemal mit diesen verräderischen und törichten Überfällen Schluss machen.

Leipzig an seinen Paten-Kreuzer

Anlässlich der versuchten Torpedierung des Kreuzers "Leipzig" durch sowjetspanische Piratenschiffe sandte die Stadt Leipzig ihrem Patenkreuzer einen Funkspruch, in dem es heißt: "Mit Empörung hat die Stadt Leipzig von dem ruchlosen Angriff roter Piraten auf den Kreuzer "Leipzig" Kenntnis erhalten. Die Stadt Leipzig bringt ihre große Freude zum Ausdruck, daß der Anschlag mißlang. Sie ist stolz, ihren Patenkreuzer auf der Wacht gegen rote Willkür zu wissen."

"Admiral Scheer" in Gibraltar

Befehlshaber der Panzerschiffe an Bord "Admiral Scheer" eingetroffen. Der Befehlshaber des Panzerschiffes Konteradmiral von Fischer, der sich an Bord des Panzerschiffes "Admiral Scheer" befindet, der Kommandant des Panzerschiffes, Kapitän zur See Cilius, und mehrere Offiziere begaben sich an Land und statteten den im Marinazarett liegenden verletzten deutschen Matrosen des Panzerschiffes "Deutschland" einen Besuch ab.

Stalins großes Wüten

Massenverhaftungen in den Bezirken am Schwarzen Meer

Nach einer Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur aus Moskau nimmt Stalins "Säuberungsaktion" in Sowjetrußland immer größere Ausmaße an. Danach wurde auf der Konferenz des Parteivorlates im Bezirk Kasan - Schwarzes Meer festgestellt, daß die überwiegende Mehrheit der staatlichen und Parteidienstorganisationen jahrelang von "Vollstreikern, Trotzisten und Spionen" geleitet worden seien. Der Trotzkistische Rechtsblock dieses Gebietes sei der Hauptstützpunkt aller sowjetfeindlichen und gegenrevolutionären Elemente gewesen, die sich vor allem bemühten, in der Landwirtschaft wieder den bürgerlichen Großbetrieb einzuführen.

Im nördlichen Dobrucke habe neben der Trotzkistengruppe noch eine andere gesetzliche Organisation selbständig gearbeitet. Im Gebiet von Kasan könnten die antisowjetischen Elemente überall eingedrungen, in Betriebsverbände, in Organisationen der Arbeitslager, der Industrie und Landwirtschaft, der kulturellen Einrichtungen und der Presse.

Die Meldung der Polnischen Telegraphen-Agentur zählt eine Reihe von solchen führenden Personen auf, die als böswillige Volksfeinde festgestellt wurden, u. a. auch Mitglieder des Büros des Landespart-

Rabbiner Blum zurückgetreten

Erbitterter Kampf um die französischen Finanzgesetze

den Ausschüssen und Sitzungssämmern geführt wurden, zweitens den Eindruck einer gewissen Entspannung hervorriefen. Sonntag vormittag wurde der in der Nacht von der Kammer in der Regierungssitzung wiederhergestellte Text des Volksmachtsgesetzes dem Senat übergeben, der sich daraufhin auf den Nachmittag vertrat.

Der Finanzausschuß der Kammer hatte inzwischen einen Vergleichsprojekt ausgearbeitet, den die Regierung gutheißen hat und der auch die Zustimmung der Kommunisten fand. Er soll die Regierung ermächtigen, während der Dauer der Sitzungsperiode des Jahres 1937 und bis spätestens 31. Juli d. J. alle Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, den öffentlichen Credit zu erhalten und den Franc zu schützen. Dieser Vorschlag wurde sofort an den Senat weitergeleitet. Der Finanzausschuß des Senats lebte diesen Vergleichsvorschlag mit großer Mehrheit ab und beauftragte seinen Verfasserstaat, Gardien, die Besprechungen mit dem Finanzminister fortzusetzen. Der Senat, der um 15.15 Uhr zusammengetreten war, vertrat sich darauf aus 18 Uhr.

Wie von unterrichteter französischer Seite bekannt wird, hat es das Kabinett Blum deshalb so außerordentlich eilig, die finanziellen Vollmachten durch das Parlament übertragen zu erhalten, weil es zu Beginn der Woche bereits in neue Verhandlungen mit England und den Vereinigten Staaten tritt, die voraussichtlich eine gewisse Änderung des Währungsabkommen herbeiführen werden. Die Regierung möchte aber unter allen Umständen vermeiden, daß das Land wieder wie im September des vergangenen Jahres vor eine Lage gestellt wird, in der eine Handvoll Spekulanten fast eine Woche lang den Markt beherrscht und die französische Währung schwer geschädigt hat. Es handelt sich vor allem darum, daß England, das von Gold geradezu überschwemmt ist, mehr Freiheit in der Festsetzung des Pfundkurses haben möchte.

Wie wir kurz vor Nebenschluss erfahren, ist das Kabinett in der Nacht zum Montag zurückgetreten. Weitere Einzelheiten folgen.

teile, der frühere Botschafter in Rom, Gleboff-Ajlow und "andere Spione und Saboteure, die durch Herroren von Katastrophen und Bränden Morde an Arbeitern provozierten".

Nach Berichten aus der Parteikonferenz arbeiteten im Gebiet von Schadischin von 143 Organisationen 117 schlecht, in Taganrog von 118 sogar 113, in Novo-Tscherkassk 55 von 71, in Rostom 218 von 331. In diesen Städten war, wie auf der Parteikonferenz festgestellt wurde, die sowjetfeindliche Aktion am stärksten.

Unter der Befürchtung, "mit den Feinden des Sowjetvolks zusammenzuarbeiten zu haben", wurden, wie bei einer Parteikonferenz in Kasan am Don mitgeteilt wurde, sechs leitende Funktionäre, darunter die Vorsitzenden des Gebietsvolksaufsichtsausschusses und des Stadtsowjets, verhaftet. In Ordjonikidse im Nord-Kaukasus wurden ebenfalls drei namentlich genannte „und andere“ Funktionäre abgezogen und in Haft genommen. Außerdem wurden 3362 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen, was teils mit einer Verbefestigung verbunden ist. Eine interessante Wendung hat eine Konferenz der Sowjetoffiziere im Kaukasus genommen. Wie aus Kasan berichtet wird, ist festgestellt worden, daß dieser Verband im Kaukasus "nationalistisch verdeckt" sei. Seine Mitglieder wurden aus dem Verband ausgeschlossen und verhaftet.

Moskauer Rüstungsanleihe beschlossen

Weltbolschewismus vermehrt seine Waffen

Nachdem die Sowjetregierung sich mehrere Tage lang von verschiedenen Partei- und sonstigen Organisationen „bitten“ ließ, eine neue Rüstungsanleihe anzulegen, konnte sie nunmehr nicht umhin, diesen „Bitten“ zu entsprechen. Wie eine amtliche Taf-Meldung besagt, hat der Rat der Volkskommissare die Ausgabe der Rüstungsanleihe grundsätzlich beschlossen und den Finanzkommissar mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes beauftragt.

Der Rat, auf dem diese Anleihe zustande kam, wie die Tatsache ihrer Auslegung, sind gleichermassen bemerkenswert. Man schenkt einen direkten Beschluss und wählt den Tag „über das Volk“, indem man den Organisationen bezahlt, die Initiative zu ergreifen. Das Ziel der Anleihe sieht sich eindeutig in den großen Plan der Aktivierung des Weltbolschewismus ein.

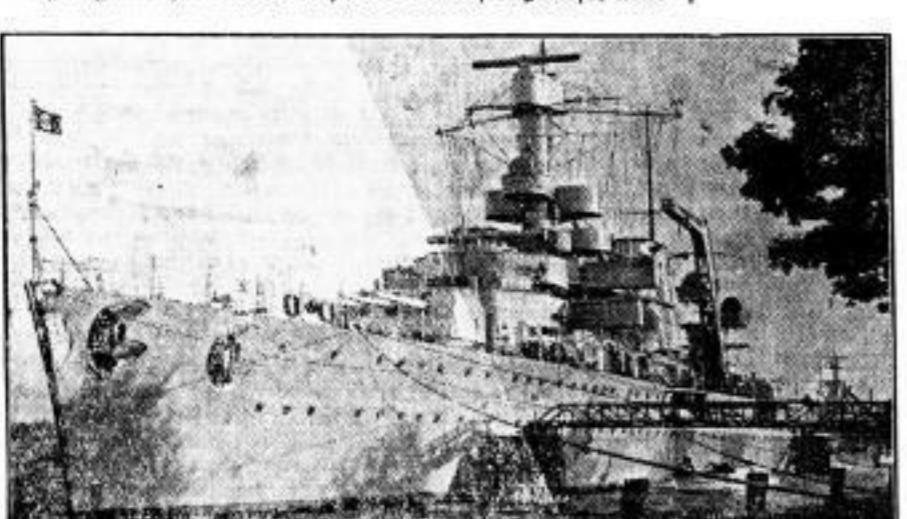
Der Duce sprach zu den italienischen Frauen

Der Duce hat am Sonntag in Rom die Ausstellung für Kinderfolonten und Kinderhilfe eröffnet, die zeigt, was das faschistische Italien für die Volksgesundheit tut. 30 000 Frauen aus allen Teilen Italiens brachten bei dieser Gelegenheit dem Duce eine Huldigung dar, die er mit einer herzlichen Ansprache erwiderte. Er forderte die Mütter auf, ihre Kinder im Sinne des Reichsgedankens römisch und faschistisch zu erziehen.

Deutsche Auswanderer in Not

In weiten Gebieten des Chaco, an der Grenze von Argentinien, Bolivien und Paraguay, herrscht besonders in den deutschen Siedlungsgebieten eine starke Hungersnot; die Lage ist teilweise tristlos geworden.

Die Hungersnot entstand infolge der Dürre, die den Getreicertrag fast völlig vernichtet. Die Notlage wurde durch Hirschreckenschwärme, Schweinepest und Pferdekrankheiten verschärft. In Pampa del Infierno befinden sich vierzig deutsche Auswandererfamilien — 270 Köpfe — in der furchtbaren Notlage. Eine Hilfsaktion durch den Deutschen Volksbund in Argentinien sowie durch deutsche Wohltätigkeitsgesellschaften wurden eingeleitet.



Der deutsche Kreuzer "Leipzig"

lief am 18. Oktober 1929 vom Stapel und wurde 1931 in Dienst gestellt. Der Kreuzer hat eine Wasserverdrängung von 6000 Tonnen und eine Geschwindigkeit von 32 Seemeilen. Er ist ausgerüstet mit neun 15-, vier 88- und acht 37-mm-Geschützen, acht Maschinengewehren und zwölf Torpedorohren. Die Besatzung beträgt 600 Mann. "Leipzig"